

Griechenland: Mit Energiewende in die Zukunft

Der Countdown für Griechenland wurde verlängert. Bis Ende Juni 2015 wollen Merkel und Hollande eine Einigung erzielen. Schweres Unterfangen, denn die Gläubiger bleiben bei ihren Forderungen nach Lohn- und Rentenkürzungen sowie Erhöhung der Mehrwertsteuer unanachgiebig. Da machen die Griechen nicht mit. Die Fronten sind verhärtet. Der Ton ist rauer geworden. Beide Seiten befeuern die Debatte über den Austritt Griechenlands aus der Eurozone. Folge: Aus Angst vor der Drachme plündern immer mehr Griechen ihre Konten. Das ruiniert selbst eine solide Bank. Für die angeschlagenen griechischen Banken bedeutet das faktisch ihr Bankrott. Was dann in Bankbilanzen fehlt, ersetzt die EZB mit Geldspritzen, um den Totalkollaps zu verhindern. Politisch ein unhaltbarer Zustand, der schnell außer Kontrolle geraten kann. Deshalb tut schnelles Handeln not.

Erstens: Das Wichtigste ist eine verbale Abrüstung auf beiden Seiten. Merkel, Hollande und Tsipras trennten sich gestern wieder ergebnislos. Diesmal aber lautlos, gut so. Zweitens: Der Austritt Griechenlands aus der Eurozone als Option muss ausgeschlossen werden, um wieder Vertrauen zu schaffen. Drittens: Kommen Verhandlungen nicht weiter, dann können Schlichter, die das Vertrauen auf beiden Seiten genießen, mit dem Auftrag eingesetzt werden, Vorschläge für eine dauerhafte Perspektive für das Land und auch für den Rest der Eurozone zu machen. Alle paar Monate eine neue Hängepartie hält keiner mehr aus. Viertens: Die Sparpolitikpolitik hat weder Griechenlands Schuldenberg verkleinert noch die Wirtschaft angekurbelt. Was bislang fehlt, ist eine Investitions- und Wachstumsoption. Hier bietet sich eine flächendeckende Modernisierung des

Energiesektors an. Griechenland ist zutiefst abhängig von Brennstoffimporten, vor allem um Strom zu erzeugen. Rund 60 % der genutzten Energie muss das Land in Form von Öl, Erdgas und Kohle importieren. Das entsprach 2013 der Hälfte der Nettoimporte und ist damit hauptverantwortlich für Handelsbilanzdefizite. Diese Abhängigkeit hat Folgen: Steigt der Ölpreis, steigen die Ausgaben für Ölimporte: In den letzten Jahren bis zu 7,8 % des BIP (siehe Abbildung).

Dagegen helfen nur Investitionen in erneuerbare Energien und Verbesserung der Energieeffizienz. Zugleich sorgen sie für Wachstum, neue Jobs, Knowhow-Transfer und Steuereinnahmen. Wind und Sonne gibt es reichlich an den Ägäis. Doch die Hälfte weltweit installierter Solar-Anlagen befindet auf den deutschen Dächern, nicht im sonnigen Süden. Es fehlt ein Energiefahrplan, es mangelt an Finanzierung und eine marode Verwaltung bringt jeden Investor zum Verzweifeln. Doch die Probleme wären lösbar: Die Griechen beheben bürokratische Investitionshindernisse, die Gläubiger bieten einen speziellen Marshallplan für eine groß angelegte Energiewende an und helfen bei Finanzierung, Planung und Umsetzung. Das wäre eine echte Perspektive. Für alle.

Griechenlands Abhängigkeit vom Ölpreis

